




Vorschnelle Diagnose

Ärztmangel. Ob Hausarzt, Orthopäde, Kinderarzt oder Radiologe: Regelmäßig wird in Deutschland eine unzureichende medizinische Versorgung beklagt. Dabei gibt es in Deutschland durchaus genügend Ärzte – sie sind nur nicht flächendeckend über das Land verteilt. 

Ärztmangel? Bei insgesamt 373.100 tätigen Humanmedizinern in Deutschland im Jahr 2010 scheint dies kaum glaubhaft. Zwar reduziert sich die Zahl etwas, wenn man jene Mediziner herausrechnet, die nicht als Arzt beschäftigt sind, sondern zum Beispiel in der Forschung oder im Journalismus arbeiten. Doch auch ohne sie gibt es immer noch

rund 320.000 praktizierende Ärzte in der Bundesrepublik.

Gleichwohl kommt es in Einzelfällen zu Warteschlangen und anderen Problemen in den Praxen – allerdings ist das kein flächendeckendes Phänomen, sondern ein regionales:

In ländlich geprägten Gegenden ist die Ärztedichte deutlich geringer als in den Ballungsräumen.

In Sachsen-Anhalt beispielsweise müssen statistisch gesehen 2,8 Mediziner die Versorgung von 1.000 Einwohnern bewerkstelligen, in Bremen stehen dafür 6,3 Ärzte zur Verfügung (Grafik Seite 2). In Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg ist zudem auch die Ärztedichte bezogen auf die Fläche des Bundeslands besonders gering, sodass dort viele Patienten regelmäßig weit fahren müssen, um sich in Arztpraxen oder Therapiezentren behandeln lassen zu können.

Die aktuelle Herausforderung besteht deshalb nicht darin, die Anzahl und Dichte der Ärzte zu erhöhen, sondern die vorhandenen Mediziner besser über das Land zu verteilen. Wie komfortabel die ärztliche Versorgung in Deutschland derzeit tatsächlich ist, zeigt ein Blick zurück:

Kümmerten sich 1991 im Schnitt noch 2,8 Ärzte um 1.000 Einwohner, waren es 2011 bereits 3,8.

Dies ist auch im internationalen Vergleich ein Spitzenwert, der von kaum einer anderen Industrienation erreicht wird. Selbst Sachsen- →

Ärztewachstum vorerst gesichert

Bis zum Jahr 2015 verlassen jährlich rund **10.000** Humanmediziner die Hochschulen

So viele Ärzte scheiden jährlich aus dem Erwerbsleben aus

bis 2015	2016 bis 2020	2021 bis 2025	2026 bis 2030
6.600	7.100	8.400	9.500

Quellen: Forschungsdatenzentrum der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, IW-Berechnungen

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln © 2013 IW Medien - iwd 40 Foto: beerkoff - Fotolia.com

Inhalt

Pkw-Maut. Deutschland steckt seit Jahren zu wenig Geld in den Erhalt und Ausbau des Straßennetzes. Aber eine Vignette ist keine Lösung. Seite 3

Tarifpolitik. Kleine Gewerkschaft, großer Effekt – in Branchen mit mehreren Gewerkschaften ist die Konfliktintensität laut einer IW-Studie besonders hoch. Seite 4-5

Bundesagentur für Arbeit. Der Bund hat ihr Milliardenbudget entzogen, sodass die BA keine Rücklagen für künftige Krisen bilden kann. Seite 6

Mobilfunk. Smartphones und Handys haben Gesellschaft und Wirtschaft stark verändert – wie stark, hat die IW Consult untersucht. Seite 7

Weiterbildung. Immer mehr ältere Erwerbstätige bilden sich weiter – und davon profitieren auch die Unternehmen. Seite 8

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Präsident:
Arndt Günter Kirchoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland

→ Anhalt kommt mit 2,8 Ärzten pro 1.000 Einwohner noch auf eine höhere Medizinerquote als die USA (2,5) oder Japan (2,2).

Auch die vielzitierte Ärzteabwanderung ist bei genauerer Betrachtung keine Bedrohung. Es stimmt zwar, dass einige Mediziner Deutschland verlassen, um in der Ferne zu praktizieren; doch umgekehrt kommen viel mehr Mediziner aus dem Ausland nach Deutschland, um hier zu helfen und zu heilen:

Im Jahr 2010 waren fast 24.000 in Deutschland ausgebildete Mediziner im Ausland aktiv, gleichzeitig praktizierten hierzulande aber mindestens 31.000 Ärzte, die im Ausland ausgebildet wurden.

Dieses Plus von mehr als 7.000 Ärzten geht nicht zuletzt auf jene deutschen Studenten zurück, die aufgrund der hohen Numerus-Clausus-Auflagen an den heimischen Hochschulen ein Medizinstudium im Ausland absolvieren und anschließend wieder nach Deutschland zurückkehren.

Laut Hochschulinformationssystem arbeiten darüber hinaus gerade mal 5 Prozent aller in Deutschland ausgebildeten Humanmediziner zehn Jahre nach ihrem Examen im Ausland. Eine ähnlich hohe Heimattreue weisen nur noch Lehramtsabsolventen und Pharmazeuten auf.

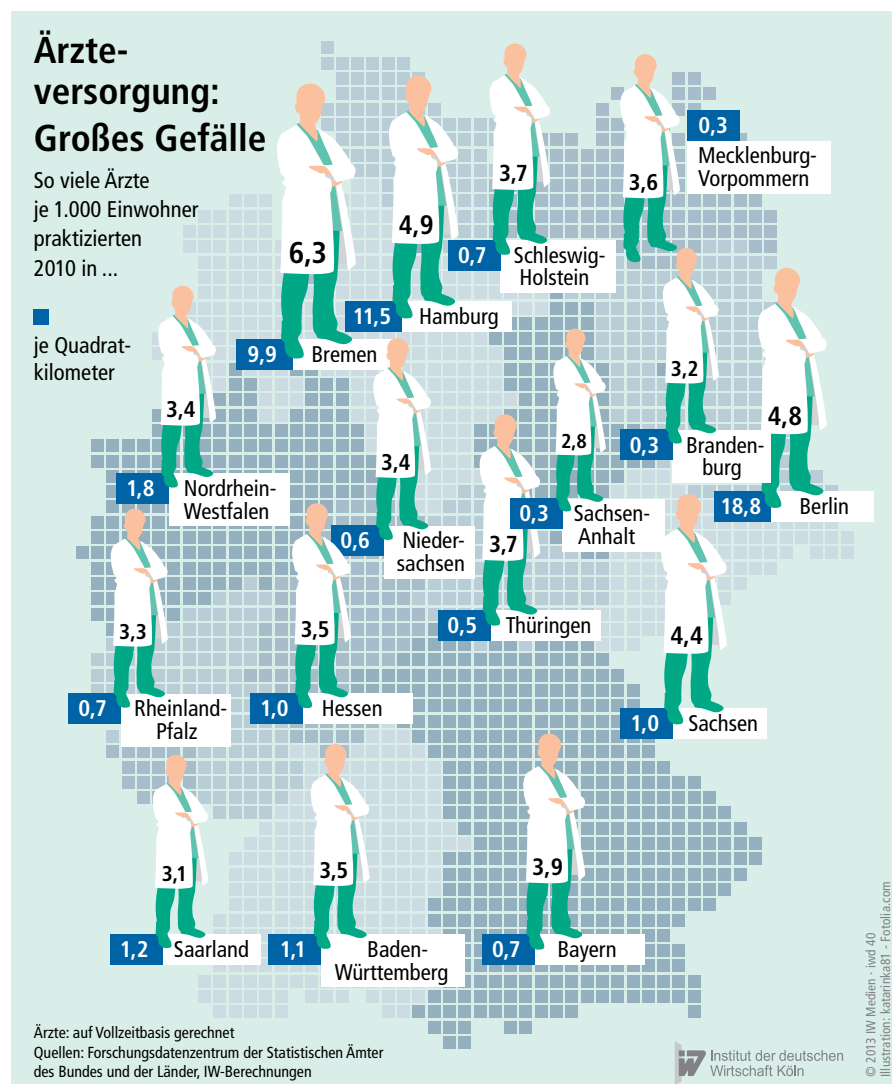
Die derzeit entspannte ärztliche Versorgungssituation dürfte aller-

dings nicht von Dauer sein. Denn der demografische Wandel macht auch vor der Ärzteschaft in Deutschland nicht halt (Grafik Seite 1):

Bis 2015 verlassen in Deutschland jedes Jahr noch deutlich mehr Jungmediziner die Hochschulen, als Ärzte in Ruhestand gehen – ab 2026 können die Nachrücker aber gerade einmal den Bestand aufrechterhalten.

Hinzu kommt, dass die stetig älter werdende Gesellschaft immer öfter auf die Behandlung durch Ärzte und Pflegepersonal angewiesen ist. Für die Lösung dieses möglicherweise langfristig steigenden Ärztebedarfs gibt es mehrere Ansatzpunkte:

- **Die Zahl der Studienplätze** für Humanmedizin muss moderat erhöht werden.
- **Der Zugang zum Medizinstudium** sollte erleichtert werden, indem der Numerus Clausus gesenkt wird. Er liegt derzeit an vielen deutschen Hochschulen bei 1,0. Außerdem sollten Menschen, die schon im medizinischen Bereich gearbeitet und Erfahrungen gesammelt haben, leichter Medizin studieren dürfen.
- **Die Zuwanderung von Ärzten** aus dem Ausland muss weiter forciert werden. Die Einführung der Blue Card – einer Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis für hochqualifizierte Fachkräfte aus Nicht-EU-Staaten – sowie die Anerkennung von im Ausland erworbenen medizinischen Abschlüssen sind ein guter Ansatz dafür, die Zuwanderung von Ärzten weiter anzukurbeln.



Information

aus IW-Trends 3/2013

Vera Demary, Oliver Koppel:
 Der Arbeitsmarkt für Humanmediziner und Ärzte in Deutschland – Zuwanderung verhindert Engpässe

www.iwkoeln.de/trends

Falscher Weg

Pkw-Maut. Der deutsche Staat steckt seit Jahren zu wenig Geld in den Erhalt und Ausbau des Straßennetzes. Die Einführung einer Pkw-Vignette würde die bestehenden Probleme aber nicht lösen, sondern neue schaffen.

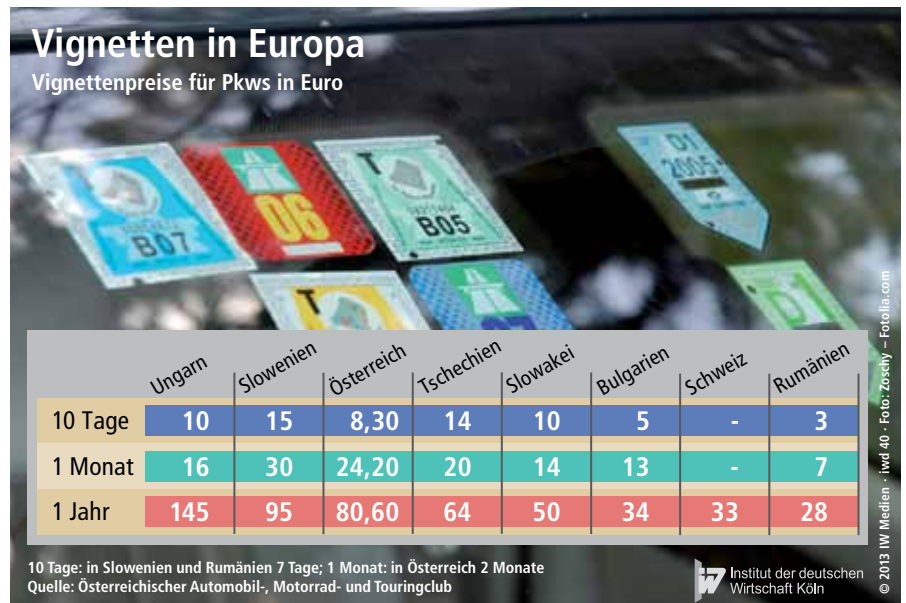
Bund, Länder und Gemeinden geben pro Jahr etwa 19 Milliarden Euro für das Straßenwesen aus – das sind 6,5 bis 7 Milliarden Euro weniger, als eigentlich benötigt würden. Allein dem Bundesverkehrsminister fehlen jährlich etwa 3 Milliarden Euro in seiner Kasse.

Dabei mangelt es dem Staat nicht am nötigen Geld:

Im vergangenen Jahr nahm der Bund mehr als 42 Milliarden Euro allein an Kraftfahrzeug- und Mineralölsteuer ein.

Die politischen Entscheidungsträger bringen aber bislang nicht den Willen auf, die Steuergelder auch in erforderlichem Maße für den Erhalt und Ausbau der Verkehrswege in Deutschland einzusetzen.

Daran würde auch eine neue Einnahmequelle in Form einer Pkw-Vignette nichts ändern, denn in Deutschland fehlt ein institutioneller Rahmen, der die Verwendung der Einnahmen für den Straßenverkehr sichert. Die bisherigen Zusagen aus der Politik, die Mittel zweckgebunden einzusetzen, waren wenig belastbar. Die Finanzierung der Verkehrswege müsste vielmehr vom jährlichen Haushalt abgekoppelt werden – beispielsweise indem die Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft aufgewertet wird. Das lehrt die Erfahrung mit der im Jahr 2005 eingeführten Maut für LKW:



Trotz der Einnahmen aus der Lkw-Maut – im vergangenen Jahr waren das immerhin 3,4 Milliarden Euro – sind die Gesamtinvestitionen in das Bundesfernstraßennetz seit 2005 nahezu konstant geblieben.

Angesichts gestiegener Baukosten gab es bei den realen Investitionen sogar ein dickes Minus. Die Mauteinnahmen haben im Verkehrsetat nur Steuermittel ersetzt. Heute steckt der Bund gut 2 Milliarden Euro aus dem Steuertopf ins Straßennetz – 2005 waren es über 5 Milliarden Euro.

Die im Bundestagswahlkampf diskutierte Variante einer Abgabe nur für Ausländer hätte sogar noch mehr Nachteile. Sie ist schon aus juristischen Gründen unzulässig, denn EU-Recht und Grundgesetz verbieten die Diskriminierung von Personen aufgrund ihres Wohnorts.


Zudem würde eine solche Ausländer-Vignette wenig einbringen, schließlich entfallen nur 5 Prozent der auf deutschen Straßen zurückgelegten Pkw-Kilometer auf ausländische Fahrzeuge. Modellrech-

nungen des ADAC kommen daher bei einem Preis von 100 Euro im Jahr pro Vignette auf Einnahmen von lediglich 225 Millionen Euro.

Um die erforderlichen zusätzlichen Milliarden aufzubringen, müssten also die ohnehin schon gebeutelten deutschen Autofahrer ebenfalls für die Vignette zahlen. Die Autobahnmaut würde außerdem den Verkehr auf nachgeordnete Straßen abdrängen, was zu höherem Kraftstoffverbrauch und mehr Unfällen führen würde. Eine Vignette benachteiligt zudem jene, die die Autobahnen selten nutzen.

Auch das Argument, angesichts der Mautgebühren im Ausland wäre ein deutsches Pendant nur gerecht, überzeugt nicht. Denn nur in 7 der 28 EU-Länder gibt es Vignetten (Grafik). Weitere 6 Staaten erheben streckenbezogene Gebühren, zum Beispiel Frankreich und Italien. Dagegen kommen 12 EU-Länder ganz ohne Maut aus und 3 kassieren sie nur auf einzelnen Streckenabschnitten wie Brücken oder Tunneln.

Nicht so groß, aber oho

Tarifpolitik. Kleine Gewerkschaft, großer Effekt – immer wieder kommt es vor allem im Verkehrssektor zu Arbeitskämpfen kleiner Spartengewerkschaften, die das öffentliche Leben stark beeinflussen. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) hat einen Ansatz entwickelt, mit dem die Konfliktintensität gemessen werden kann. Er zeigt: In Branchen mit mehreren Gewerkschaften ist die Konfliktintensität besonders hoch. 

Wenn 200 Lotsen den Frankfurter Flughafen und damit einen beträchtlichen Teil des europäischen Flugverkehrs lahmlegen, sorgt das für viele verärgerte Reisende und lange Schlangen vor den Bahn- und Mietwagenshaltern. Aber in der amtlichen Streikstatistik schlägt sich dieses Chaos kaum nieder. Denn im

Vergleich zu einem Warnstreik von Zehntausenden Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist der Streik der Gewerkschaft der Flugsicherung mit 3.800 Mitgliedern ein Klacks, produziert er doch kaum Ausfalltage.

Zudem zählt die amtliche Statistik nur tatsächliche Handlungen wie Warnstreiks und Arbeitskämpfe,

nicht aber auch Aufrufe zum Streik. Im Verkehrssektor reicht schon die Androhung eines Streiks aus, damit Passagiere zum Umbuchen bewegt werden und so dem Verhandlungspartner geschadet wird.

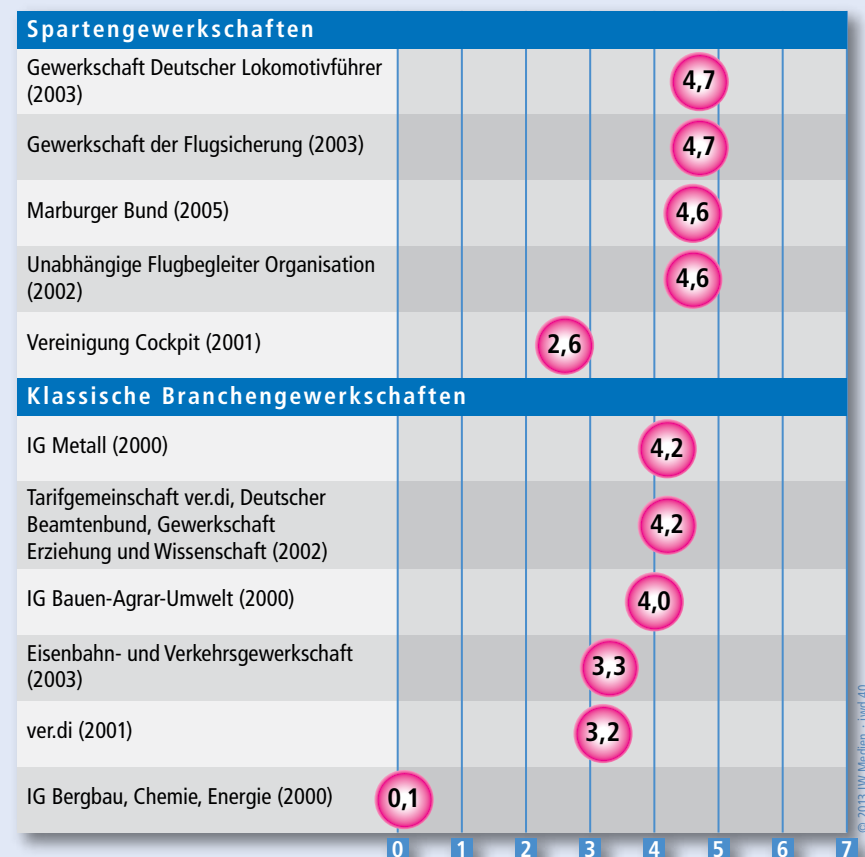
Das IW Köln hat eine Methode zur Messung von Tarifkonflikten entwickelt, die auch Drohungen, Verhandlungsabbrüche oder Streikaufrufe berücksichtigt. Dazu werden den verschiedenen Konfliktbehandlungen sieben Eskalationsstufen zugeordnet.

Die Drohung zu streiken, ist die Eskalationsstufe 1, ein Warnstreik fällt in die Stufe 4, mit dem Arbeitskampf ist die Maximalstufe 7 erreicht (Grafik). Anhand dieser Abstufung hat das IW Köln insgesamt 123 Tarifkonflikte ausgewertet, die in einer Datenbank systematisch erfasst wurden. Die Auswahl beruht darauf, wie gut die einzelnen Tarifkonflikte auf Basis von Pressemitteilungen, Berichten und Experteninterviews dokumentiert wurden.

Die Studie umfasst zwei Ansätze: Zuerst wurde untersucht, welche Eskalationsstufe in einem Tarifkonflikt erreicht wurde. Dabei zeigt sich, dass vier der fünf Spartengewerkschaften im Durchschnitt aller ausgewerteten Konflikte auf 4,6 bis 4,7 von 7 möglichen Punkten kommen. Die Konflikte dieser Gewerkschaften führen also oft zu einem Warnstreik oder die Verhandlungen scheitern.

Spartengewerkschaften: Klein, aber konfliktfreudig

Durchschnittliche maximale Eskalationsstufe für alle Tarifverhandlungen (seit dem Jahr)



0=kein Konflikt; 1=Streikdrohung; 2=Verhandlungsabbruch; 3=Streikaufruf; 4=Warnstreik; 5=Scheitern und Schlichtung/Juristische Auseinandersetzung; 6=Scheitern und Urabstimmung oder Streik; 7=Arbeitskampf; Stand: Juni 2013; Ursprungsdaten: IW-Tarifdatenbank

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln



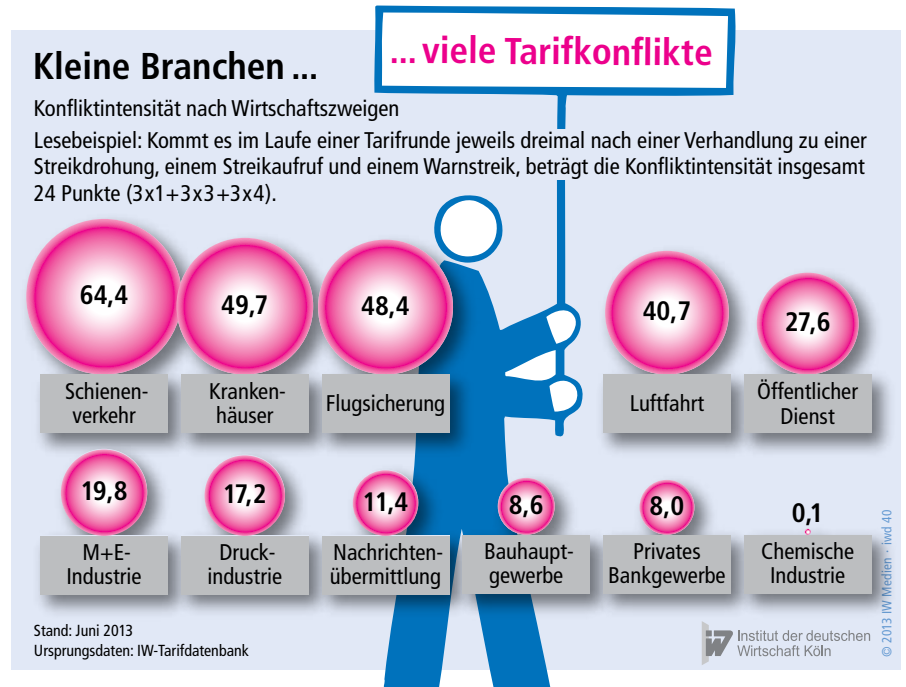
aus IW-Trends
3/2013

Hagen Lesch: Die Konfliktintensität von Tarifverhandlungen
www.iwkoeln.de/trends

Die Branchengewerkschaften geben sich friedfertiger als die meisten Spartengewerkschaften: Die IG Metall, die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst und die IG Bauen-Agrar-Umwelt erreichen 4,0 bis 4,2 Punkte.

Der zweite Ansatz misst, wie oft sich eine Eskalation im Laufe eines Konflikts wiederholt (Grafik). Kommt es während einer Tarifrunde je dreimal zu einer Streikdrohung, einem Streikaufruf und einem Warnstreik, beträgt die Konfliktintensität insgesamt 24 Punkte ($3 \times 1 + 3 \times 3 + 3 \times 4$). Auch hier zeigt sich, dass die Spartengewerkschaften vergleichsweise oft auf Konfrontationskurs gehen.

Ein besonderes Problem besteht bei Tarifpluralität, wenn also ein Unternehmen in seiner Branche mit mehreren Gewerkschaften verhandeln muss. Berechnungen der Konfliktintensität zeigen, dass die Häufigkeit von Tarifverhandlungen und die Konfliktintensität einer Branche voneinander abhängen. In Branchen



mit mehreren Gewerkschaften liegt die Konfliktintensität zwischen 40 und 64 Punkten. Branchen ohne Gewerkschaftswettbewerb – wie die Metall- und Elektroindustrie oder das Bauhauptgewerbe – kommen auf einen deutlich niedrigeren Wert.

Im Extremfall gerät ein Unternehmen wie die Lufthansa in der Luft-

fahrtbranche mit mehreren Gewerkschaften von einem Tarifkonflikt in den nächsten. Diese Entwertung der tarifvertraglichen Friedenspflicht kann der Gesetzgeber vermeiden, indem er die Tarifeinheit – ein Betrieb, eine Gewerkschaft – wiederherstellt. Diese hatte die Rechtsprechung 2010 fallen gelassen.

Hochschulnoten: Strenge Juristen

So viel Prozent der Prüfungen (ohne Promotionen) wurden im Jahr 2012 mit der Note „sehr gut“ oder „sehr gut mit Auszeichnung“ bestanden



Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 40

Der Wissenschaftsrat kritisiert in seinem Arbeitsbericht zu Prüfungsnoten an Hochschulen, dass es in einigen Fächern eine Inflation an guten Noten gibt. In Psychologie oder Kunst beispielsweise ist die „Eins“ fast schon die Regel (Grafik).

In den Rechtswissenschaften, der Medizin oder im Bauingenieurwesen dagegen sind solche Top-Bewertungen eher die Ausnahme. In diesen Studiengängen muss sich ein Student durch exzellente Leistungen die Bestnote erst verdienen und sich so deutlich von seinen Kommilitonen abheben.

Über die Fächergrenzen hinweg bekommen vor allem Master-Absolventen sehr gute Bewertungen. In der Psychologie gibt es für zwei Drittel der Abgänger die „Eins“, in Biologie und Chemie für fast 60 Prozent. Selbst in der ansonsten eher strengen Informatik verlassen mehr als 40 Prozent der Master-Studenten die Hochschule mit einer sehr guten Note. Ähnliches gilt für die alten Diplomstudiengänge.

Die Noteninflation ist für Unternehmen ein Problem, denn sie können sich bei manchen Bewerbungen nur eingeschränkt auf die Aussagekraft von Zeugnissen verlassen – und müssen über teure Einstiegstests die Spreu vom Weizen trennen.

Bund erschwert Vorsorge

Bundesagentur für Arbeit. Trotz eines Defizits im ersten Halbjahr 2013 steht die Bundesagentur finanziell solide da. Weil ihr der Bund aber Milliardenbeträge entzogen hat, kann die Agentur keine Rücklagen für künftige Krisen bilden.

Der Chef der Nürnberger Bundesagentur für Arbeit (BA), Frank-Jürgen Weise, muss knapsen – die BA-Einnahmen werden in diesem Jahr laut Haushaltsplan um mehr als 5 Milliarden Euro geringer ausfallen als 2012. Und das, obwohl die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2013 um 300.000 gegenüber dem Vorjahr steigen dürfte und die Beitragseinnahmen entsprechend sprudeln (Grafik):

Von Januar bis Juni 2013 haben Arbeitnehmer und Arbeitgeber mit 13,3 Milliarden Euro rund eine halbe Milliarde Euro mehr Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt als ein Jahr zuvor.

Verantwortlich für die schrumpfenden Einnahmen ist vielmehr der Bund: Er hatte 2007 die Mehrwertsteuer mit der Begründung erhöht, mit den zusätzlichen Einnahmen eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge zu finanzieren. Als Kompensation für die geringeren Beitragseinnahmen wurde die BA an den höheren Einnahmen aus der Mehrwertsteuer beteiligt. Doch bereits im Jahr 2011 hat der Bund diese Überweisungen nach Nürnberg gekürzt und im laufenden Jahr dann ganz gestoppt.

Der Bundesagentur für Arbeit gehen durch den fehlenden Bundeszuschuss mehr als 7 Milliarden Euro pro Jahr verloren.

Im Gegenzug muss die Bundesagentur zwar ab diesem Jahr keinen sogenannten Eingliederungsbeitrag mehr nach Berlin überweisen – bisher war die BA verpflichtet, jährlich die Hälfte der Aufwendungen für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen

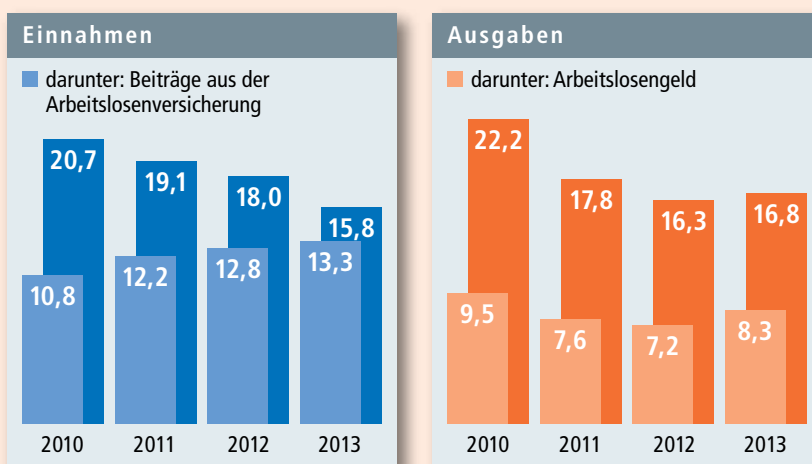
und die Verwaltung der Arbeitslosengeld-II-Empfänger zu tragen. Dieser Beitrag war aber ohnehin systemwidrig, weil die Arbeitslosenversicherung nichts mit dem aus Steuermitteln finanzierten Arbeitslosengeld II zu tun hat. Außerdem betrug der Eingliederungsbeitrag zuletzt nur 3,8 Milliarden Euro und war damit gerade mal halb so hoch wie der weggefallene Zuschuss aus der Mehrwertsteueranhebung.

Immerhin kann die Bundesagentur für Arbeit in diesem Jahr auf einen ausgeglichenen Etat hoffen, blieben doch die Ausgaben im ersten Halbjahr 2013 um 600 Millionen Euro unter dem Haushaltsplan. Vor allem die Ausgaben für den Gründungszuschuss sind stark zurückgegangen. Denn die Existenzgründungsförderung wurde im vergangenen Jahr von einer Pflicht- zu einer Ermessensleistung. Dies ließ die Zahl der Geförderten von 122.000 im Jahr 2011 auf zuletzt gerade mal noch 19.000 sinken.

Gegenwärtig verfügt die BA wegen der guten Arbeitsmarktlage zwar über ausreichende Mittel. Sie hat aber keinen Spielraum dafür, Reserven anzulegen. Im Fall einer neuen Wirtschaftskrise könnte die Agentur folglich nicht mehr in dem Maße zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes beitragen, wie sie es zum Beispiel während der Rezession von 2009 getan hat. Damals hatte die BA zur Abfederung der Krise vielen Beschäftigten Kurzarbeitergeld gezahlt – das unter anderem dadurch entstandene Haushaltsdefizit von rund 14 Milliarden Euro konnte die Agentur aus Rücklagen ausgleichen.

Bundesagentur für Arbeit: Überschuss ade

Einnahmen und Ausgaben jeweils im ersten Halbjahr in Milliarden Euro



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien · iwv 40

Der Funk, aus dem das Leben ist

Mobilfunk. Per Smartphone Geld überweisen, mit Freunden übers Handy chatten oder mit der Verwandtschaft in Australien per Videofunktion telefonieren – die Mobilfunktechnologie hat unsere Gesellschaft und die Wirtschaft in den vergangenen 15 Jahren so stark verändert wie kaum eine technische Errungenschaft zuvor. Die IW Consult hat die Einflüsse in einer Studie für das Vodafone Institute for Society and Communications untersucht.

Schneller, direkter und mehr – heute wird gesimst und „geappt“, Fotos und Videos werden verschickt und Kontakte über Facebook, Xing oder Twitter gepflegt. Handys und Smartphones haben die Art und Weise unseres Umgangs mit anderen Menschen verändert. Dank der mobilen Kommunikation sind wir in der Lage, unsere täglichen Aktivitäten zeitnah und aus der Ferne zu organisieren: Wer holt die Kinder ab und wer kauft noch schnell ein Brot?

Obwohl wir jederzeit mit vielen verschiedenen Personen kommunizie-

ren könnten, richtet sich gut die Hälfte unserer Anrufe und Textnachrichten nur an vier bis sechs Personen.

Dank Smartphone und Handy können wir Beziehungen über weite Distanzen eng gestalten. Aber gleichzeitig macht uns dies auch verwundbar, weil wir viel mehr Privates aus unserem Leben online offenlegen, ständig erreichbar und auch zu orten sind.

Die Mobilfunktechnologie sorgt heute besonders in aufstrebenden und weniger stark entwickelten Ländern für schnellere wirtschaftliche Prozesse. Die immer größere Anzahl an Mobilfunkverträgen hat dabei auch einen Effekt auf das Wirtschaftswachstum (Grafik):

In Ägypten macht die wachsende Zahl an Mobilfunkverträgen einen Anteil von 20 Prozent am Wachstum des ägyptischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro Einwohner aus – auch weil dort die Abdeckung per Breitband-Internet noch nicht so ausgeprägt ist und daher die Mobilfunktechnologie einen ganz anderen Stel-

lenwert hat als in europäischen Ländern wie Deutschland.

Die Netzwerke, die durch die Mobiltechnologie geschaffen worden sind, führen nicht zuletzt deshalb zu Innovationen, weil Informationen und Wissen viel schneller ausgetauscht werden können. Protestbewegungen wie der Arabische Frühling in Nordafrika oder die Koordination von humanitärer Hilfe nach Naturkatastrophen zeigen, wie nützlich Plattformen wie Facebook und Twitter sein können. Und weitere Innovationen werden folgen – angefangen vom Gesundheits- und Pflegesystem über Energiesysteme, mobile Geldtransfersysteme in Ländern mit geringer Bankendichte bis hin zum Verkehrsmanagement.

Die Studie der IW Consult belegt in über 200 Ländern auch eine Verbindung zwischen der Anzahl der Mobilfunkverträge und der gesellschaftlichen Entwicklung: Je mehr Mobilfunkverträge registriert sind, desto höher ist die demokratische bzw. politische Teilhabe.

Wachstumstreiber Mobilfunk

■ Beitrag der steigenden Zahl der Mobilfunkverträge am Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) je Einwohner 2012 gegenüber 2010 in Prozent

■ So viel Dollar des Wirtschaftswachstums je Einwohner steuerte die zunehmende Zahl der Mobilfunkverträge von 2010 bis 2012 bei



Quelle: IW Consult

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iw-d 40

Auch im Alter wissbegierig

Weiterbildung. Berufsanfänger mit ihrem frischen Wissen von der Uni oder der Berufsschule sind das eine – gestandene Mitarbeiter und ihre langjährige Erfahrung das andere. Das wissen die Unternehmen – und profitieren davon, dass sich immer mehr Mitarbeiter auch im Alter weiterbilden.

Jahrzehntelang war es gang und gäbe, dass sich ältere Erwerbstätige deutlich seltener weitergebildet haben als jüngere. Das hat sich in den vergangenen Jahren grundlegend geändert – Weiterbildungen sind mittlerweile bei Jung und Alt die Regel und nicht die Ausnahme:

Mehr als die Hälfte aller Erwerbstätigen im Alter von 18 bis 64 Jahren hat im vergangenen Jahr eine Weiterbildung gemacht.

In der Gruppe der 25- bis 49-Jährigen nahmen bis zu 60 Prozent an solchen Maßnahmen teil, bei den Jüngeren waren es mehr als 50 Prozent (Grafik). Hier liegt die Erstaus-

bildung allerdings auch noch nicht so lange zurück:

Bei den 60- bis 64-Jährigen beträgt die Weiterbildungsquote 46 Prozent – ein Plus von 14 Prozentpunkten innerhalb weniger Jahre.

In den Unternehmen kommen die bildungshungrigen älteren Mitarbeiter gut an, denn in Zeiten des Fachkräftemangels gewinnt die betriebliche Weiterbildung immer mehr an Bedeutung.

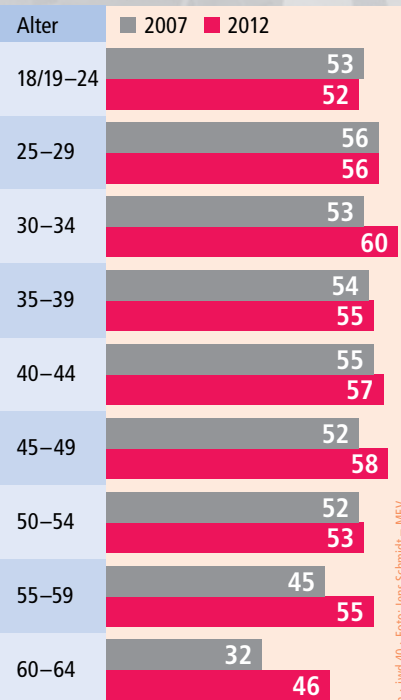
Eine Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) hat ergeben, dass lediglich rund 15 Prozent der Unternehmen glauben, die Weiterbildung Älterer rentiere sich weniger als die der Jüngeren. Zwei Drittel der Betriebe wollen vielmehr das wertvolle Wissen und die Erfahrungen ihrer älteren Mitarbeiter im Unternehmen behalten und so an jüngere weitergeben.

Befragungen älterer Erwerbstätiger durch das Bundesinstitut für Berufsbildung zeigen, dass sich sechs von zehn älteren Beschäftigten keine speziellen Weiterbildungsangebote für ihre Altersgruppe wünschen. Ältere Menschen lernen zwar anders als jüngere und bevorzugen Formen und Inhalte des Lernens, die stärker auf den bereits vorhandenen Fähigkeiten aufbauen – sie wollen aber nicht unter sich, sondern in gemischten Teams lernen.

Adressaufkleber

Ältere bilden sich öfter weiter

So viel Prozent der Erwerbstätigen haben in den zwölf Monaten zuvor an Seminaren und Schulungen teilgenommen



Befragung von rund 7.000 Erwerbstätigen im Rahmen des Adult Education Survey März–Juli 2007 und März–Juni 2012
Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iw-d 40 - Foto: Jens Schmidt - MEV

Dabei wollen sich die älteren Semester in erster Linie zusätzliches berufliches Wissen aneignen. Besonders gefragt sind Kommunikations- und Persönlichkeitstrainings, aber auch Weiterbildungen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik.

Weitere Informationen gibt es unter:
www.kompetenzzentrum-fachkraeftesicherung.de

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber
Redaktionsassistent: Ines Pelzer
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,67/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iw-d wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

IW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.